Regieren oder Protestieren

Die Erfahrungen des Kurzen Herbstes der Utopie werden bis heute unterschiedlich, ja gegensätzlich gesehen. Auf der einen Seite fanden sich im Sommer 2004 in vielen Teilen Ostdeutschlands Menschen zum Protest gegen die Hartz-Gesetze zusammen. Und sie wählten dafür einen großen Namen: Montagsdemonstrationen. Sogleich begann eine heftige Debatte über die Zulässigkeit dieser Benennung. Tatsächlich hatten an der Oberfläche der Demonstrationen im Herbst `89 soziale Fragen nur eine geringe Rolle gespielt. Doch in der Motivation sowohl der Demonstranten als auch der Ausreiser stand die wirtschaftliche Stagnation der DDR im Zentrum. Die Führung von Partei und Staat sah diese Stagnation auch: Zur wirtschaftlichen Stabilisierung aus eigener Kraft hielten sie eine Absenkung des Lebensniveaus um 25 bis 30 Prozent für erforderlich – aber nicht für politisch durchsetzbar. Die modernen Vordenker der späteren PDS warnten vor einem drohenden Abstieg auf den Status eines Entwicklungslandes. Sie hatten Rumäniens Weg aus der Verschuldung in die soziale Katastrophe vor Augen. Doch mit der Offerte eines wirtschaftlichen Anschlusses an die Bundesrepublik waren diese Befürchtungen zunächst obsolet. Die anfängliche Akzeptanz eines wohlfahrtsstaatlich ausgebauten Kapitalismus war allgemein. „Der Markt" stand für Effizienz, damit für genau das, was man in der DDR so sehr vermisst hatte. Erst die folgenden Jahre der Deindustrialisierung des Ostens und der Massenarbeitslosigkeit veränderten dieses positive Vorurteil.

Allerdings protestierten nicht alle gegen Hartz-IV. Im deutschen Bundestag hatten ehemalige ostdeutsche Oppositionelle genau diese Gesetze befürwortet und mit beschlossen. Im Herbst 2005 wurde eine Bundeskanzlerin gewählt, die mit dem *Demokratischen Aufbruch* 1990 zur CDU gestoßen war. Und für Angela Merkel ist die deutsche Geschichte seit der Währungsunion ein einziger weltwirtschaftlicher Erfolg, wie sie 2007 ausführte:

„Alle Industrieländer waren in den 90er Jahren einem massiv erhöhten Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung ausgesetzt. Doch Deutschland war zugleich in einer historisch einmaligen Situation. Der Prozess der deutschen Einheit gehörte und gehört ohne Zweifel zu den glücklichsten Entwicklungen unserer Geschichte. Allerdings band er auch Ressourcen, Kraft und Aufmerksamkeit, wie sie kein anderes Land zu bewältigen hatte. In seinem Kern erzählt der Aufschwung, den wir jetzt erleben, eine großartige Erfolgsgeschichte: die Geschichte, wie Deutschland gleichzeitig Aufbauleistungen für den neuen Bundesländer und die Globalisierung bewältigen konnte. Meine Damen und Herren, wer das geschafft hat, dem braucht auch vor den Veränderungen des 21. Jahrhunderts nicht bange zu sein. Das ist der Geist, in dem wir Politik machen."

Zwar ist der dabei erwähnte Aufschwung seither einer großen Krise gewichen, aber auch diese Krise wollen Regierung und Wirtschaft nicht einfach nur überstehen, sondern gestärkt aus ihr hervorgehen. Es sind solche aktuellen Konflikte, die immer neue Perspektiven auf die Vergangenheit provozieren.

Ostwind 6.Juli '93
Zeitung der ostdeutschen Betriebsräteinitiative

HUNGERSTREIK

Solidarität mit den Kali-Kumpels von Bischofferode!

Über 40 Bergleute und 20 Frauen hungern im Kali-Werk "Thomas-Müntzer" für ihre Arbeitsplätze.Die Frauen sind auf 600m Tiefe eingefahren und wollen dort solange bleiben, bis die Belegschaft den Arbeitskampf zur Rettung ihrer Arbeitsplätze gegen die Treuhandanstalt gewonnen hat.

Helft den Kali-Kumpels und ihren Frauen!
Die Belegschaft braucht praktische Hilfe, Zuspruch und Geld.

Betriebsrat und Belegschaft des Kali-Werkes Bischofferode rufen auf:

Kommt alle zum Solidaritätstag am Samstag, 10. Juli, ab 12 Uhr auf das Werksgelände in Bischofferode!

"Die Herren machen das selber, daß der arme Mann ihnen feind wird" (Thomas Müntzer)

Bringt Fahnen, Transparente und Kulturbeiträge mit!
Schickt betriebliche und gewerkschaftliche Solidaritätsdelegationen!

Tel. Betriebsrat Kali-Werke: 036077/99470; Fax: 036077/ 99271

V.i.S.d.P. Martin Clemens, Ostdeutsche Betriebsräteinitiative, Michaelkirchstr. 4, 10179 Berlin

DER AUFBRUCH

Zeitung für demokratische Erneuerung – Herausgegeben von Oswald Wutzke, Dr. Angela Merkel

März 1990 Berlin

In dieser Ausgabe

Kein Sozialismus
In einem Kommentar setzt sich Dr. Fred Ebeleing, Vorstandsmitglied und Wirtschaftsexperte des DEMOKRATISCHEN AUFBRUCH, mit den Versprechungen der Regierung Modrow auseinander und erläutert, warum er weder einen alten noch einen neuen Sozialismus will. Seite 2.

HelmutKohl: Solidarität
In einem Exklusiv-Artikel für den AUFBRUCH rät Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Sozialen Marktwirtschaft als künftige Wirtschafts- und Sozialordnung für die DDR. Sein Plädoyer für "Freiheit statt Sozialismus" lesen Sie auf Seite 3.

Bilder der Revolution
Die DDR liefert seit Oktober 1989 viele Bilder, die die Welt bewegen. Foto-Doku-

Bundesbank-Chef Pöhl: "Die DM kommt sicher"

DDR muß Voraussetzungen schaffen - Kein Grund zu irrationalem Handeln

Die geplante Währungsunion mit Einführung der D-Mark in der DDR ist nach Überzeugung des Bundesbank-Präsidenten Karl Otto Pöhl kein Grund zur Angst. Der oberste westdeutsche Geldexperte rät den DDR-Bürgern deshalb zur Besonnenheit.

In einem Interview nannte Pöhl es "ganz irrational, daß die DDR-Bürger jetzt panikartig ihre Konten plündern". Der Bundesbank-Präsident führte konkrete Gründe gegen ein hektisches Torschluß-Verhalten an. Schließlich bekämen sie für ihre Sparguthaben in Mark der DDR im Rahmen der späteren Währungsunion "auf jeden Fall einen günstigeren Umtauschkurs als den Satz, den es heute auf dem freien Markt gibt". Der stellvertretende Generaldirektor der DDR-Staatsbank, Hans-Georg Guenther, bezifferte die Höhe der betroffenen Spareinlagen unlängst auf insgesamt 157 Milliarden Mark der DDR.

Derzeit können DDR-Bürger bekanntlich mit Hilfe des seit 1. [illegible] freien Geldmarkt wird die DDR-Mark dagegen derzeit zu Kursen zwischen eins zu sechs und eins zu zehn gehandelt. Auch wenn der Bundesbank-Präsident noch keine Entscheidung über das spätere Umtauschverhältnis vorwegnehmen wollte, so machen seine Äußerungen dennoch deutlich, daß es keinesfalls zu extremen Umtauschkursen von 1 zu 10 oder gar 1 zu 20 kommen wird, wie sie in manchen abenteuerlichen Gerüchten durch die DDR geistern.

K. Otto Pöhl

Pöhl forderte, die Währungsunion müsse "so schnell wie möglich" zum Abschluß gebracht werden. Das gehe allerdings nicht in wenigen Wochen. Zuvor müßten ein effizientes Bankensystem sowie wichtige wirtschaftspolitische Voraussetzungen in der DDR geschaffen werden. Ein Vertrag [illegible] notwendigen ökonomischen Reformen tatsächlich durchgeführt werden.

Auch Bundesfinanzminister Theo Waigel wandte sich gegen alle Gerüchte um den künftigen Umtauschsatz in der Währungsunion. Bevor nicht die wirtschaftlichen Fakten aus der DDR auf den Tisch lägen, sei es "verantwortungslos und in hohem Grade schädlich", in der Öffentlichkeit über einen Wechselkurs zwischen DDR-Mark und D-Mark zu spekulieren. Der Minister erläuterte in seinem Zeitungsbeitrag nochmals das Angebot der Bundesregierung an die DDR: "Im Mittelpunkt unseres Vorschlags steht die Einführung der D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR zu einem bestimmten Stichtag. Zugleich müssen von der DDR die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft auf den zentralen Feldern der Wirtschaftsordnung geschaffen sein. Beide Elemente stehen in einem unauflöslichen Zusam-

Eppelmanns Hilfe für Alte und Behinderte

Fahrzeuge, Rollstühle und Medizintechnik

Minister Rainer Eppelmann im Gespräch mit Besuchern einer Wahlveranstaltung.

Einer aus der Regierung kam nicht mit leeren Händen aus Bonn zurück. Rainer Eppelmann, Minister ohne Geschäftsbereich, war [illegible] nischen Hilfen für die Betreuung. Während andere Delegationsteilnehmer, ohne oder mit Journalisten, über Erfolg oder Mißerfolg

Ende und Anfang: Aus dem Bausoldaten Rainer Eppelmann wurde ein Verteidigungsminister, aus der Chemikerin Dr. Angela Merkel eine Bundeskanzlerin.